Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg. Sonnabend, 18. Februar 1922 Nummer 84 • Abend-Ausgabe.

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rußland und Frankreich

Die Oeffentlichkeit würde erstaunt sein ...

London, 18. Februar.

Ein Berichterstatter des „Daily Telegraph" erfährt von gutunterrichteter französischer Seite, es könne nicht abgeleugnet werden, daß Unterredungen zwischen Franzosen und Sowjetvertretern oder vielmehr Leuten, die erklärten, sie vertraten regelrechte Sowjetagenten, stattgefunden haben. Die Oeffentlichkeit würde erstaunt sein, zu erfahren, wie weitreichend die Zugeständnisse gewesen seien, die Krassin und seine Freunde Frankreich angeboten hätten. Diese Zugeständnisse gingen viel weiter als irgend etwas, was englischerseits erhalten wurde. Die Einzelheiten des angeblichen Uebereinkommens zwischen Rußland und Frankreich stellten nur den Wortlaut der bolschewistischen Vorschläge dar und seien zu Propagandazwecken veröffentlicht worden. Auf gewisse französische Regierungspersonen, darunter einige in hoher Stellung, hätten die bolschewistischen Konzessionen sehr großen Einfluß gehabt, und das Interesse, das von diesen Personen an den Tag gelegt worden sei, habe einen falschen Eindruck erweckt. Die französische Regierung habe keinerlei Uebereinkommen unterzeichnet oder auch nur erörtert. Es müsse jedoch klar verstanden werden, daß die Haltung der französischen Regierung nicht unbedingt ablehnend sei. Die Möglichkeit von Verhandlungen wurde zugegeben, sie könnten jedoch nur unter den größten Sicherheiten stattfinden. Die Sowjetregierung habe bisher nichts davon merken lassen, daß sie bereit sei, solche Sicherheiten zu geben, und Millerand sorge dafür, daß von der beschlossenen Aktionslinie auch nicht um Haaresbreite abgewichen werde.

Die englisch-französischen Besprechungen

Frankreich wünscht Verschiebung der Sachverständigenzusammenkunft

EE. Paris, 18. Februar.

Einer Mitteilung des „Oeuvre" zufolge habe Lord Curzon der französischen Regierung seinen Wunsch bekanntgegeben, sobald wie möglich nach Paris zu kommen, um in einer Besprechung mit Poincaré selbst die Probleme zu erörtern, die gegenwärtig zwischen England und Frankreich in der Schwebe sind, also die orientalische Frage, die der Konferenz von Genua und wahrscheinlich auch die des englisch-französischen Garantievertrages. In Paris hat man bereits den Eindruck, als ob **die Gegensätze zwischen Frankreich und England heute nicht mehr so scharf einander gegenüberstehen wie in der letzten Zeit.** Frankreich scheint nicht mehr darauf zu dringen, daß auch die Vertreter der Kleinen Entente an den Sachverständigenberatungen in London teilnehmen müßten, und auch keine Schwierigkeiten erheben zu wollen, falls England und Italien unbedingt darauf bestehen, daß die Wirtschaftskonferenz am 8. März eröffnet werde. Frankreich fordert nur, daß ihm **Sicherheiten wegen der auf der Konferenz zu behandelnden politischen Fragen gegeben werden,** d. h., daß England und Frankreich in **der Behandlung der deutschen und russischen Angelegenheiten eine gemeinsame Front bilden sollen.** Auch in der Orientfrage scheint sich eine Annäherung vollzogen zu haben. Nur wünscht Frankreich, daß man seinen Delegierten noch acht Tage Zeit lasse, das Programm der Konferenz von Genua gründlich zu erörtern. In London wird allerdings weiterhin erklärt, **daß England auf der Eröffnung der Konferenz von Genua am 8. März bestehe.**

Die Sachverständigenkonferenz

Paris, 18. Februar.

„Petit Parisien" bestätigt die Havasmeldung, daß gestern abend in London der Eindruck vorgeherrscht habe, **die Zusammenkunft der alliierten Sachverständigen für die Vorbereitung der Konferenz von Genua sei grundsätzlich beschlossen.** Die Zusammenkunft werde in London stattfinden und die Staaten der kleinen Entente würden nur durch ihre Gesandten, nicht aber durch Sachverständige, dabei vertreten sein. „Echo de Paris" erklärt dagegen, englischerseits gewinne der Gedanke Raum, die Sachverständigenkonferenz in London abzuhalten, ohne auf die von Frankreich vorgeschlagenen Abänderungen Rücksicht zu nehmen, also **ohne die Beteiligung der Staaten der kleinen Entente an dieser technischen Vorbereitung.**

Der italienische Kredit für Oesterreich. Wie die amtliche Nachrichtenstelle erfährt, wird Italien an Oesterreich einen Kredit, mindestens in der gleichen Höhe wie Frankreich, gewähren.

USPD. und Vertrauensvotum

Von Wilhelm Dittmann

Von rechtssozialistischer und von kommunistischer Seite sowohl wie auch von der bürgerlichen Presse wird über die Abstimmung der U. S. P. D. beim letzten Vertrauensvotum für die Regierung Wirth viel ungereimtes Zeug zusammengeschrieben. Dabei ist die Haltung unserer Partei während der ganzen Krisentage eine klare und konsequente gewesen. Wie haben sich die Dinge entwickelt?

Die Haltung der Reichsregierung zum Streik der Eisenbahnbeamten rief den schärfsten Protest unserer Fraktion hervor und sie beantragte deshalb, der Reichstag wolle mißbilligen:

daß eine Ausnahmeverordnung unter Verantwortlichkeit der Reichsregierung vom Reichspräsidenten gegen die streikenden Beamten erlassen,

daß dadurch unter Bruch der Verfassung das Streikrecht der Beamten aufgehoben worden,

daß die Reichsregierung den Achtstundentag angetastet,

daß sie Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hat, und

daß sie Maßregelungen von Streikenden vornehmen will.

In diesem Mißtrauensantrag waren also die Handlungen der Regierung klar bezeichnet, gegen die er sich richtete. Es war kein allgemeines Mißtrauensvotum gegen die Gesamtpolitik der Regierung, um die es sich bei der Debatte über den Streik der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter gar nicht handelte. Soweit der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik dabei in Frage kam, habe ich als Redner der Fraktion erklärt:

„Wenn Herr Dr. Wirth seine auch von uns gebilligte Außenpolitik durch eine Versklavung der deutschen Beamten, der Angestellten und Arbeiter zu stützen versucht, dann — darüber mag er sich klar sein — entstünde für uns, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Frage, welches Interesse wir eigentlich noch am Fortbestehen dieses Kabinetts haben sollten. Wenn die Regierung Scharfmacherpolitik treiben will, dann mag sie sich auch auf die ausgesprochenen Scharfmacher stützen."

Diese Aeußerung war eine ernste Warnung an die Adresse der Regierung. In der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Situation hatte unsere Fraktion aber nicht die Absicht, einem allgemeinen Mißtrauensvotum zuzustimmen, das die Regierung zum Rücktritt nötigen würde. Deshalb herrschte auch Einmütigkeit in der Fraktion darüber, daß wir die von der Deutschnationalen Volkspartei und von der Deutschen Volkspartei gestellten allgemeinen Mißbilligungsanträge ablehnen müßten. Ebenso hat die Fraktion durch Ledebour erklären lassen, daß sie auch dem von Koenen und Genossen beantragten Zusatz zu unserem Antrage:

„Die Erklärungen der Reichsregierung entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstags"

nicht zustimmen werde. Es bestand eben volle Einmütigkeit in unserer Fraktion darüber, sich bei ihrem Mißbilligungsantrag zu beschränken auf die in diesem Antrage fixierten Punkte und jedes allgemeine Mißtrauensvotum abzulehnen. Es lag gar nicht in der Absicht der Fraktion, bei diesem Anlaß auf einen Sturz des Kabinetts hinzuwirken.

Die Fraktion wußte, daß ihr Antrag nur die Zustimmung der Kommunisten finden und mit großer Mehrheit abgelehnt werden würde. Ebenso war die Ablehnung der kommunistischen wie der deutschnationalen und volksparteilichen Mißtrauensanträge sicher.

Die Kabinettskrise wurde erst heraufbeschworen durch die Beschränktheit der Regierungsparteien. Der Reichskanzler Dr. Wirth hatte sie ersucht, „ein positives klares Vertrauensvotum für die Regierung" einzubringen, damit er die politischen Geschäfte weiterführen könne. Statt nun einen Antrag zu stellen, der sich auf die Gesamtpolitik der Regierung bezog, begingen Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten die Dummheit, ihn lediglich auf die Erklärungen der Regierung zum Eisenbahnerstreik zuzuspitzen, d. h. auf die erste Rede Wirths, die er im Namen des Kabinetts verlesen hatte, sowie auf die im gleichen Geiste gehaltenen Reden des Verkehrsministers Gröner und des Finanzministers Hermes.

Gegen den Inhalt dieser drei Scharfmacherreden aber richtete sich unser spezifiziertes Mißtrauensvotum. Die Fraktion beschloß deshalb auch, gegen das Vertrauensvotum zu stimmen. Dieser Beschluß war eine logische Konsequenz unserer Stellung zum Eisenbahnerstreik und unseres eigenen Antrages.

Den Rechtssozialisten war nachträglich zum Bewußtsein gekommen, daß durch die enge Fassung des Vertrauensvotums das Kabinett gefährdet war, und sie bemühten sich deshalb, bei Demokraten und Zentrum eine Aenderung seines Wortlauts durchzusetzen, um ihm eine allgemeine Fassung zu geben, die sich auf die Gesamtpolitik des Kabinetts bezog. Für einen solchen Fall beschloß unsere Fraktion erneute Stellungnahme und ließ wissen, daß dabei für sie von Bedeutung sei, ob Sicherungen und Garantien gegen Maßregelungen aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben würden.

Ueberaus bezeichnend war nun, daß Demokraten und Zentrum sich einer Aenderung des Wortlauts des Vertrau-

Betrogene Betrüger

Karl Radek und die kommunistischen Schreihälse

Zweimal täglich tobt die „Rote Fahne" gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, weil deren Politik nach der Meinung des Blattes den Fortbestand der Regierung Wirth gesichert habe. Zweimal täglich schreien sich die kommunistischen Wortführer in Berlin die Kehle heiser darüber, daß die Unabhängige Partei Verrat geübt habe, und sie verlangen, daß die Arbeiter volle Klarheit schaffen. Es stellt sich nun mit aller Deutlichkeit heraus, daß diese Leute entweder selbst Betrüger sind, oder daß sie von ihren Vorgesetzten betrogen worden sind. Schon am Donnerstag haben wir bei der „Roten Fahne" angefragt, ob sie nicht wisse, daß prominente Vertreter der Moskauer Internationale erklärt hätten, es sei politisch falsch, den Sturz des Kabinetts Wirth im jetzigen Augenblick herbeizuführen. Das Blatt übt sich in Wanzentaktik, es stellt sich stumm und dumm und gibt auf unsere Frage keine Antwort. Wir wollen deshalb deutlicher werden. Wenn es richtig wäre, daß die Unabhängige Sozialdemokratie den Sturz des Kabinetts Wirth verhindert habe, so wäre diese Haltung gerechtfertigt durch das Zeugnis eines Mannes, der in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne" einen Leitartikel schreibt, den die Kommunisten also sicher als einen ihrer prominentesten Führer anerkennen werden. Es ist Karl Radek. Die „Leipziger Volkszeitung" teilt in ihrer Freitagausgabe folgendes mit:

Karl Radek befindet sich noch in Berlin. Er ist in amtlicher Eigenschaft in der Reichshauptstadt und hatte dort Gelegenheit, mit dem Genossen Breitscheid verschiedene Aussprachen zu führen. **Radek hat Breitscheid gegenüber in aller Oeffentlichkeit erklärt, daß die U. S. P. D. die Regierung Wirth auf keinen Fall stürzen helfen dürfe. Sie dürfe sich allenfalls der Stimme enthalten, niemals aber könne sie die Hand dazu bieten, daß eine schwerkapitalistische Regierung das demokratisch schillernde Kabinett Wirth verdränge.** Nun wissen wir, daß Radek damit die gesamte Haltung des Exekutivkomitees ins Moskau durch seine Darstellung desavouiert. Zwei Seelen aber wohnen in der Brust des unentwegten Bolschewisten. Er ist Kommunist, während er gleichzeitig besondere amtliche Funktionen in Berlin zu verrichten hat, die mit dem kapitalistischen Wiederaufbau Rußlands in engsten Beziehungen stehen. Radek resp. die Sowjetregierung haben im gegenwärtigen Augenblick naturgemäß recht wenig Interesse daran, daß die linksbürgerliche Regierung in Deutschland durch eine rechtskapitalistische ersetzt wird. Daher seine unverständlich erscheinende Auffassung über die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Es versteht sich von selbst, daß damit die Haltung Radeks zu den unentwegten kommunistischen Schreiern im Reichstag in schreiendstem Gegensatz steht.

Indes, die Haltung des Kommunisten Radek kann nicht bestritten werden, und **gerade seine persönlichen Freunde haben Gelegenheit genommen, die Richtigkeit dieser Auffassung Radeks zu bestätigen.** Paul Böttcher, der alle Zirkularbefehle Radeks höchst eigenhändig zugestellt bekommt, erklärte gestern Abend in einer Versammlung der U. S. P. D. zu Leipzig, daß unsre Darstellungen nicht richtig seien, daß im Gegenteil Breitscheid Radek beauftragt habe, auf Ledebour und Rosenfeld in diesem Sinne einzuwirken. Breitscheid aber wäre ein Phantast sondergleichen, wenn er an Radek das Ansinnen stellen würde, beschwichtigend auf Ledebour und Rosenfeld einzuwirken, sofern er nicht die feste Bestätigung dafür hatte, daß Radek — man lache nicht — in einer taktischen Front mit Breitscheid stand. Durch diese Aeußerung Paul Böttchers haben die Darlegungen Breitscheids, die aus taktischen Gründen bisher noch unterdrückt wurden, **ihre Bestätigung erhalten, so daß nunmehr positiv feststeht, daß das Mitglied des Exekutivkomitees der dritten Internationale, Karl Radek, die taktische Haltung der U. S. P. D. völlig billigt.**

Demgegenüber halte man nun die geradezu grenzenlose Demagogie, wie sie in den letzten Wochen und Monaten von der kommunistischen Presse und ihren Rednern in Deutschland gegenüber der U. S. P. D. vertreten worden ist. Wir sind gewiß abgehärtet gegen kommunistische Wandlungen und haben uns nachgerade an alles gewöhnt. Daß aber die Richtigkeit der U. S. P. D.-Politik ausgesprochen im gegenwärtigen Augenblick einen so gewichtigen Kronzeugen bekäme, das übertrifft alle Erwartungen, die wir bisher von den schwankenden Gestalten der kommunistischen Partei erwarten durften. Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Presse in Deutschland entsprechend den Instruktionen des Petersburger Kato-Sinowjew eine ganz andere Einstellung nehmen mußte . . .

Wer ist nun eigentlich der richtige Kommunist? Wer vertritt die eigentlichen, die richtigen kommunistischen Grundsätze, die mit so gewaltiger Emphase auf den Massenvölkerschauen in Moskau formuliert worden sind?

Die Frage unseres Leipziger Parteiblattes ist sehr einfach zu beantworten. Es gibt wohl in Deutschland noch einiges kommunistisches Geschrei, aber es gibt keine kommunistische Politik. Soweit die Kommunistische Partei sich politisch überhaupt betätigt, ist sie gezwungen, wenn auch stets mit einiger Verspätung, die Richtlinien zu befolgen, die ihr die Unabhängige Sozialdemokratie vorzeichnet. Jetzt schimpft man noch über uns, über eine Weile wird man unsere Stellung zu kopieren suchen. **Radek hat gesprochen, die Jünger haben zu folgen. Betrogene Betrüger!**

ensantrages widersetzten. Ihnen liegt mehr an der Fortsetzung des reaktionären innenpolitischen Kurses, als an der Erhaltung des Kabinetts Wirth. Deshalb kam der Vertrauensantrag in seiner ursprünglichen Fassung zur Abstimmung im Plenum des Reichstages.

Für die Regierungsparteien, Demokraten, Zentrum und Rechtssozialisten einerseits und für die Rechtsparteien, Deutschnationale und Volksparteiler andererseits handelte es sich bei dieser Abstimmung um eine Kraftprobe, um einen Kampf um das Kabinett Wirth. Anders für unsere Partei. Sie hatte nicht die Absicht, das Kabinett zu stürzen, sondern ihm nur in der Frage des Eisenbahnerstreiks ihr Mißtrauen auszusprechen. Für unsere Fraktion lag deshalb kein Anlaß vor, den letzten Mann zur Abstimmung herbeizutelegraphieren. So fehlten von unseren 61 Mitgliedern, teils wegen dringender Geschäfte im proletarischen Interesse, teils wegen Krankheit 12 Genossen bei der Abstimmung. Weitere 12 Genossen verließen vor der Abstimmung den Saal, weil sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können glaubten, durch Ablehnung des Vertrauensvotums vielleicht den Sturz des Kabinetts mit herbeizuführen; kein Fraktionsmitglied hat einen Enthaltungszettel abgegeben.

Das Recht, den Saal zu verlassen, ist auch vor und während des Krieges in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Fraktionsmitgliedern bei solchen Gewissenskonflikten stets zuerkannt worden. Die 12 Genossen, die von diesem Recht jetzt Gebrauch gemacht haben, haben damit auch nicht gegen die Absicht der Fraktion bei der Abstimmung gehandelt, weil die Fraktion ja von vornherein gar nicht die Absicht hatte, das Kabinett Wirth zu stürzen. Im übrigen wäre praktisch an dem Resultat der Abstimmung auch nichts geändert worden, wenn die Fraktion vollzählig zur Stelle gewesen und geschlossen gegen das Vertrauensvotum gestimmt haben würde, nur die Mehrheit für das Kabinett wäre geringer gewesen.

Unsere Partei hat keine Ursache, aus der Stimmenthaltung einiger Fraktionsmitglieder bei der letzten Abstimmung irgendwelches Aufheben zu machen. Die Fraktionsdisziplin darf nie zum Gewissenszwang werden und im vorliegenden Falle war ja die ganze Komplikation gegen unsere Absicht von der Tölpelhaftigkeit der Koalitionsparteien verursacht worden. Ob unsere Stellung zum Kabinett Wirth weiterhin bleiben kann wie bisher, wird wesentlich abhängen von der Lösung der Steuerfrage, die bald in ihr entscheidendes Stadium eintreten wird. Die Außenpolitik allein kann auf die Dauer unsere Haltung nicht mehr bestimmen, wenn im Innern ein ausgesprochener Scharfmacherkurs gesteuert wird.

Der Fall Winnig

In einer Kleinen Anfrage der unabhängigen Fraktion des Landtags wurde bemängelt, daß gegen den früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn Winnig, wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsches kein Strafverfahren eingeleitet, das Disziplinarverfahren gegen ihn aber bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen sei, und Winnig zwei Drittel des Gehalts weiter beziehe. Diese Kleine Anfrage wird, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, vom Minister des Innern folgendermaßen beantwortet:

„Gegen den damaligen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Winnig, ist wegen Beteiligung an dem sogenannten Kapp-Putsch sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte eingeleitet worden. Nachdem jedoch der Oberreichsanwalt das Verfahren gegen Winnig auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 eingestellt hatte, wurde auch das Disziplinarverfahren wiedereingestellt und Winnig mit einer Ordnungsstrafe belegt. Das geschah im September 1920.

Hiernach kann nicht zugegeben werden, daß das Disziplinarverfahren in die Länge gezogen worden ist. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einstweiligen Ruhestand (!!) versetzt ist, regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es besteht keine Möglichkeit, hiervon in dem vorliegenden Falle abzuweichen."

Herr August Winnig ist zweifellos als ein Führer des Kapp-Putsches anzusehen. Er ist den Kappisten nicht erst beigesprungen als sie die Regierung davongejagt hatten, sondern er hat schon lange mit ihnen, mindestens vom Sommer 1919 an, enge Beziehungen unterhalten und war über alle Pläne eingehend unterrichtet. Wenn das Reichsgericht bei seiner eigenartigen Auslegungskunst Herrn Winnigs Vergehen unter die Amnestie fallen ließ, so hatte der preußische Staat um so mehr die Pflicht, das Disziplinarverfahren gegen Winnig mit größter Beschleunigung durchzuführen. Denn Herr Winnig hat als Beamter des preußischen Staates zum Sturz dieses Staates beigetragen. Für ein solches Verhalten konnte es nur eine Antwort geben: die sofortige Entlassung ohne jeden Anspruch auf irgendwelche Bezüge. Statt dessen hat die preußische Regierung das Disziplinarverfahren eingestellt und Winnig in den Genuß eines lebenslänglichen arbeitsfreien Einkommens gesetzt. Das ist ein unerhörter Skandal, der um so herausfordernder wirkt, als diese Maßnahme von dem Ministerium Braun durchgeführt wurde.

Das Stiefkind

Der preußische Bildungshaushalt für 1922

Der Bildungsetat, der der Landesversammlung zugegangen ist, schließt nach Abzug von 21 Millionen Einnahme mit einer Gesamtausgabe von 2646 Millionen ab, also einer Summe, die der Gesamtausgabe des Staates vor dem Kriege etwa entspricht. Davon sind 2398 Millionen dauernde und 249 Millionen einmalige und außerordentliche Ausgaben. Die Steigerung der dauernden Ausgaben gegen das Vorjahr beträgt 86 Millionen, die der einmaligen Ausgaben 164 Millionen, zusammen also ¼ Milliarde. Die Steigerung ist am erheblichsten bei der Wissenschaft und der Volksbildung, weniger bedeutend bei der Kunst und der geistlichen Verwaltung. Für Wissenschaft, Ministerium, und allgemeine Verwaltung werden 31,4 Millionen laufend und 119,6 Millionen einmalig mehr gefordert. Der Löwenanteil hiervon entfällt auf die Universitäten und die Universitätsanstalten und -einrichtungen. Insbesondere ist Münster bei den einmaligen Ausgaben mit 23,2 Millionen mehr beteiligt (heilkundliche Einrichtungen), auf ärztliche Anstalten der übrigen Universitäten entfallen Beträge von 48, 32, 21 und 14 Millionen mehr.

Die Abteilung Volksbildung muß sich demgegenüber bei den laufenden Ausgaben mit einem Mehr von 54,5 und bei den einmaligen Ausgaben mit einem Mehr von 36,4 Millionen begnügen. Von den dauernden Mehrausgaben entfallen auf das Volksschulwesen im weitesten Umfange 22,7, auf das höhere Schulwesen 26,6 Millionen, bei den einmaligen Ausgaben auf das Volksschulwesen 36,8, auf das höhere Schulwesen 4,6 Millionen.

Alle anderen Beträge sind demgegenüber geringfügig, zum Teil so unbedeutend, daß sie bei dem jetzigen Geldwerte kaum noch in Frage kommen, so z. B. 300 000 M. für Volkshochschulen, 150 000 M. für Volksbüchereien und 150 000 M. (einmalig!) „zur Gründung und Erweiterung von Schulbüchereien".

Die Volksschule ist im Bildungswesen also immer noch das Stiefkind. Auch der Pressedienst des Deutschen Lehrervereins bemerkt dazu: „Einer unverkennbaren Freigebigkeit den Spitzen des Bildungswesens, den Hochschulen, gegenüber, fällt eine starke Zurückhaltung im Volksbildungswesen überall unangenehm auf. Der Volksstaat hat in dieser Beziehung anscheinend nichts gelernt, wenigstens nichts geändert."

Die Verhandlungen der Reichsgewerkschaft

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutschen Eisenbahnbeamten versendet folgende Mitteilung: Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. Aus allen Ländern und Direktionsbezirken lagen Berichte vor über eine wachsende, tiefgehende Erregung infolge der Massenmaßregelungen. Alle Delegierten waren einmütig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat und die mit zu dem sofortigen Abbruch des Streiks beigetragen haben. Eine zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitgliedschaft wirken zu können. Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird. Im Gegensatz zu irreführenden Sensationsmeldungen wird festgestellt, daß sämtliche Beschlüsse des erweiterten Vorstandes fast einstimmig gefaßt worden sind.

Die Wirtschaftsbeihilfen für Beamte

Nach Anfragen, die an das Reichsfinanzministerium gerichtet worden sind, wird die kürzlich veröffentlichte Pressenotiz über die bevorstehende Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte und Angestellte in Orten mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen zum Teil irrtümlich ausgelegt. Zur Klarstellung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Bemessung der Wirtschaftsbeihilfen in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse derart gedacht ist, daß für je 10 Pfennige Ueberteuerungszuschuß eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 250 Mark gegeben werden soll. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftsbeihilfe in einem Orte, an dem die Arbeiter einen Ueberteuerungszuschuß von einer Mark pro Stunde erhalten, auf zehnmal 250 Mark, also 2500 Mark, bemessen werden.

Eine Machtprobe in Mansfeld

Schwere wirtschaftliche Kämpfe in Mitteldeutschland

Die Machthaber im Mansfelder Kupferbergbau scheinen es auf eine Machtprobe, die ihnen seit dem Märzputsch aussichtsreich scheint, ankommen lassen zu wollen. Die Mansfeld Syndikat A.-G. hat die auf 20 M. Schichtzulage lautende Forderung der Bergarbeiter abgelehnt und auch kein Gegenangebot gemacht. Darauf ist den Industriellen ein Ultimatum gestellt worden das am Freitag mittag ablief. Da die erwartete Antwort nicht eintraf, beschloß eine Vertrauensmännerkonferenz des Bergarbeiterverbandes, am Sonnabend mit der Mittagschicht in den Streik zu treten. In Frage kommen etwa 20 000 Bergarbeiter. Am Sonntag nehmen die Vertrauensleute der Braunkohlenarbeiter in Leipzig zu der ebenfalls schroff ablehnenden Haltung der Braunkohlenindustrie Stellung. Wenn nicht noch im letzten Moment eine entscheidende Wendung eintritt, ist bestimmt damit zu rechnen, daß auch die Braunkohlenarbeiter am Montag in den Streik treten. Damit steht fest, daß Mitteldeutschland erneut der Schauplatz schwerer — diesmal wirtschaftlicher Kämpfe wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Genf, 17. Februar.

Die außerordentlich schwierige Abfassung der sehr umfangreichen Vertragstexte für das deutsch-polnische Abkommen macht gute Fortschritte, da das Völkerbundssekretariat für die Herstellung des vorgeschriebenen französischen Wortlautes eine eigene Organisation geschaffen hat. Sobald genügend Material bereit steht, werden die Bevollmächtigten in die zweite Vollsitzung eintreten und zwar voraussichtlich Anfang nächster Woche.

Die deutschen Gewerkschaftsvertreter Graßmann und Kaiser sind hier eingetroffen. Die Erkrankung des polnischen Vorsitzenden der siebenten Kommission, Sokal, verzögert die eigentlichen Arbeiten dieses aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gebildeten Ausschusses, der sich daher auf vorbereitende Besprechungen beschränken muß.

Kesselexplosion in Oberschlesien. Auf dem Gräfin-Johanna-Schacht in Bobrek explodierte im Waschraum ein Badekessel, als zweihundert Mann von einer Belegschaft dort das übliche Bad nahmen. Von dem umherspritzenden siedenden Wasser wurden 52 Bergleute verletzt. Einer von ihnen ist gestorben, sieben sind schwer verbrüht und vierundzwanzig leicht verletzt worden.

Rußlands Handel mit dem Westen. Nach einer Zusammenstellung des Obersten Volkswirtschaftsrates haben die Handelsvertreter der Sowjetregierung in Deutschland im letzten Vierteljahr des Jahres 1921 59 000 verschiedene Waren auf 72 Dampfern nach Rußland expediert. — Aus England wurden im Jahre 1921 Waren im Werte von 4 770 000 Pfd. Sterling nach Rußland transportiert.

Honoré Daumier

Von L. Hilberseimer

Die Forderung, daß der Dichter in die Politik eingreifen, sittliche Absichten öffentlich verwirklichen soll, gilt auch für den Maler. Honoré Daumier hat sie für seine Zeit ebenso erfüllt wie etwa heute George Grosz oder Otto Dix. In seinen Lithographien manifestiert sich der Wille zum Aufruhr. Sie sind ein Protest gegen die Klein- und Großbourgeoisie des Louis-Philippeschen Juste Milieu. Zum Teil sind sie auch noch heute von anklagender Aktualität. So hat man eine anläßlich des Gemetzels in der Rue Transnouain entstandene Zeichnung von ihm in Berlin als Werbeplakat um Unterstützungen für die Hinterbliebenen der im Kampfe für die Ziele des Proletariats Gefallenen benutzt.

Aber Daumier ist kein eigentlicher proletarischer Künstler. Sein Ideal, für das er kämpfte, war die bürgerliche Demokratie, der bürgerlich-demokratische Staat, der sich damals in Frankreich zu verwirklichen begann. Aber bald sich in sein Gegenteil wandelte.

Die errungene Pressefreiheit erlaubte jede Aeußerung. Man benutzte alle vorhandenen und sich bietenden Agitationsmittel. So wurde auch die Karikatur als Kampfmittel organisiert. Die Revolution von 1830 rief ein wahres Karikaturenfieber hervor. Man schuf regelmäßig erscheinende satirische Zeitschriften, deren wichtigste der Caricature und der Charivari sind. Daumier wurde ihr bedeutendster Mitarbeiter. Seine grandiose Produktionskraft war unerschöpflich. Er war von stärkster Ausdruckskraft und freiester Phantasie.

Mit der Karikatur hatte man ein Mittel, dem Volke alles zu zeigen. Ihm alles zu verstehen zu geben. Manche sind voll von Haß und Blut, Gemetzel und Einkerkerungen, Verfolgungen und Verhaftungen. Das schon erwähnte Blatt „Der Mord in der Rue Transnouain", das Daumier auf der Höhe seiner Meisterschaft zeigt, beschreibt Baudelaire mit diesen Worten: In einem ärmlichen, traurigen Zimmer, dem üblichen Zimmer des Proletariers, mit gewöhnlichen, unentbehrlichen Möbelstücken, liegt der Länge nach auf dem Rücken, mit ausgereckten Armen und Beinen der Körper eines nackten Arbeiters in Hemd und Baumwollmütze. Zweifellos hat in dem Zimmer ein großer Kampf und Skandal stattgefunden, denn die Stühle, der Nachttisch und das Nachtgeschirr sind umgestürzt. Unter dem Gewicht seines Leichnams, zwischen seinem Rücken und den Steinfliesen, hat der Vater die Leiche seines kleinen Kindes zerquetscht. In dieser kalten Mansarde herrscht nichts als Tod und Schweigen.

Oder das Blatt „Die Pressefreiheit": Inmitten seiner Freiheitwerkzeuge, seiner Buchdruckergeräte, steht breitspurig, fest auf seinen großen Füßen ruhend, ein Buchdrucker, die geheiligte Papiermütze auf dem Ohre, die Hemdsärmel aufgekrempelt, mit geballten Fäusten und gerunzelten Augenbrauen. Der ganze Mann ist muskulös, und wie die Figuren der großen Meister gebaut. Im Hintergrund der ewige Philipp und seine Stadtsergeanten. Sie wagen nicht, sich mit ihm einzulassen.

Mit solchen Zeichnungen gibt Daumier mehr als Karikatur. Er gibt Geschichte, alltägliche und fruchtbare Wirklichkeit.

In einer Sammlung satirischer Porträts politischer Persönlichkeiten offenbart er seine wunderbare Intelligenz für das Porträt. „Die ganze Armut des Geistes, alle Lächerlichkeiten, alle Torheiten des Verstandes, alle Laster des Herzens sind auf diesen verlierten Gesichtern deutlich zu sehen und zu lesen; und zugleich ist alles großzügig gezeichnet und hervorgehoben. Daumier besaß die Beweglichkeit eines Künstlers und die Sorgfalt eines Lavater" (des Meisters der Physiognomie).

Daumier war nie Künstler an sich, sondern vor allem Politiker. Bewußt kämpfte er für ein bewußtes Gesellschaftsideal: die Demokratie. Formte Menschen und Dinge im Sinne einer Idee um. Er malte sozusagen „nur durch seine geistigen und gar nicht durch seine leiblichen Augen". Sein Sehen ist seherisch. Daher sieht er nicht nur Einzelheiten und Momente, sondern Gesetz und Wesenheit. Gibt deren Zusammenfassung. „Jeder Mensch wird unter seiner Hand zum Typ seines Alters, seines Standes, seiner Klasse oder des Zustandes, in dem er sich befindet."

In einem umfangreichen dreibändigen Werke: Honoré Daumier (München, Langen), von dem bereits zwei Bände vorliegen, gibt Eduard Fuchs eine Darstellung nicht nur der Person und des Werkes Daumiers, sondern auch der ganzen ereignisreichen Epoche, die Daumiers Schaffen umspannt. Die Lithographien seiner ersten Epoche umfassen die Jahre 1828 bis 1851. Von ihnen gibt der erste Band eine originalgetreue Auswahl. Sie sind künstlerisch und stofflich am vielfältigsten. Entsprechend den bewegten Ereignissen dieser Jahre, die mit dem Staatsstreiche Louis Napoleons abschließen. Der zweite Band umfaßt die Lithographien der Jahre 1852 bis 1869. Eine Phase der Gesellschaftssatire, die mit dem zeitweiligen Verzicht auf karikaturistische Tagesarbeit 1860 endet. Die nächsten zwei Jahre widmete sich Daumier ausschließlich der Malerei. Mißerfolg aber zwingt ihn, die karikaturistische Tätigkeit 1862 wieder aufzunehmen. Diese seine letzte Epoche reicht bis zum Jahre 1872, indem ihn fortschreitende Erblindung zwang, das Zeichnen aufzugeben. Der dritte Band wird die Arbeiten dieser letzten Jahre umfassen.

Perez Hirschbein: Grüne Felder (Jüdisches Künstlertheater). Zunächst ist dieses Stück gewissermaßen ethnographisch interessant: wir lernen echte Dorfjuden kennen, Bauern, die ihr Feld bestellen und ihr Vieh warten, Juden, die das Gotteswort verlernt haben, in denen aber dieses Wort innerlich lebt und brennt und verborgen auf Erfüllung harrt.

In ein jüdisch-russisches Dorfhaus also kommt ein wandernder gelehrter Jüngling, Lewi Itschek. Er wird vom Hausherrn Dawid Roach frohlockend aufgenommen, damit er die erwachsenen Kinder unterweise. Wie nun zwei Familien um das Licht des Dorfes, um diesen frommen Menschen in Streit und Zank gekaten und wie alles sich glücklich löst, indem der Wanderjüngling die Tochter des Hauses heiratet, das macht den Inhalt des recht hübschen und geschickten Stückes aus. Mehr als dies ist das alles in allem naive Produkt nicht. Perez Hirschbein eine etwas tragische Dichterfigur, da er mit einem recht starken Talent auf einem Kulturniveau arbeitet, das erst im Aufblühen sich befindet.

Und unterstrichen naiv wurde auch gespielt. Frieda Blumenthal, Bellerina, Schelajo und Schneiur gaben ihr Bestes. Eine neue Note hat man nicht kennen gelernt, auch von der Regie Hermanns nicht, die hier mit noch primitiveren Mitteln als sonst arbeitete.

Das Vergnügen des Abends aber war Herz Großbarth als junger Gelehrter. Seine schauspielerische Reinheit strahlte eine Würde und Heiligkeit aus, wie man sie nur ganz selten auf der Bühne zu sehen bekommt. In seiner milden, ungemein vornehmen Gegenwart empfand man: diese Bauernjuden, Abkömmlinge des heiligen Bibelvolkes, leben immer noch mit einem Teil ihrer Seele in einer höheren Welt, weil sie in all ihrem Elend auch solche Typen wie diesen Itschek erzeugen oder sie wie Gesandte aus einem nahen Jenseits ehren und hegen. Schade, daß durch die Sprache und noch andere Umstände der Sinn für solchen Glanz wie ihn dieser junge Rabbi und Bräutigam Großbarths ausstrahlt, einem weiteren Publikum abgeht.

Arno Nadel

Das Weib auf dem Tiere (Kleines Theater). Man denke, man liest in den Zeitungen folgenden Prozeß: eine bessere Dirne hat einen verheirateten Mann, der sie scheinbar geliebt, in Wahrheit aber materiell ausgesogen hat, erschossen. Vor Gericht will sie schweigen, wird aber vom jungen Sohn des Gerichtspräsidenten, der sie leidenschaftlich liebt und verehrt, durch seine sie entlastenden Aussagen zum Reden gezwungen, zur Schilderung ihres Lebens, ihrer Leiden, ihrer Freuden, ihrer unsäglichen Enttäuschungen. Die Geschworenen, in der Mehrzahl brave, dumme Leute, verurteilen die anrüchige Heldin. Man hört das Armesünderglöcklein klingen, — aber die edle Mörderin hat sich inzwischen das Leben genommen, und zwar mit dem Gift, das ihr eben jener Gerichtspräsidentensohn zuzustecken verstanden hat.

Ein interessanter Fall. Wen interessiert er? Die bessere allgemeine Neugierde, nicht viel mehr. Das sagte sich auch der nicht eben ungeschickte Dichter Bruno Frank und er ließ der Gerichtsszene noch eine andere, gewissermaßen höhere Gerichtsszene folgen: die unschuldig Gerichtete sitzt mystisch umleuchtet vor dem Gerichtstisch und hält richtend und rechtend Zwiesprache mit verschiedenen Frauentypen. So in der Art des ersten Wildgans, Halenclevers und anderer „junger" Deutschen, die natürlich alle von Strindberg kommen. Das mystische Gericht ist großspurig und nichtssagend. Ein hübsches dichterisches Wort fällt: „Wer liebt, ist wehrlos".

Gespielt wurde gut. Maria Fein gab die Heldin dunkelschön und verinnerlicht. Sie sah oft wie ein Bild aus, dann

Das Hebammengesetz

Beratungen im Hauptausschuß des Landtags

Am Donnerstag beschäftigte sich der Unterausschuß des Landtags mit der Erörterung der ersten fünf Paragraphen des von der Linken einmütig als unzulänglich empfundenen Regierungsentwurf des Hebammengesetzes. Genossin Kunert begründete den Antrag unserer Fraktion auf Unentgeltlichkeit der Hebammenhilfe, die als ein Rechtsanspruch der Frau gelten muß, die der Staat den wichtigen Mutterdienst leistet. Unser Antrag wurde gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt.

Genossin Kunert beantragte Verleihung der Beamtenqualität für die durch Dienstvertrag anzustellenden Hebammen. Heute sei die Geburtshilfe Erwerbssache. Die Hebamme sei freie Gewerbetreibende, und als solche allen Zufällen der Erwerbsjagd preisgegeben. Das führe zu mancherlei bedenklichen Mißständen. Die auf Einnahmen von Fall zu Fall angewiesene Hebamme sei z. B. nicht interessiert daran, daß die Gebärende bei Störungen der Geburt rechtzeitig in die Behandlung eines Arztes oder einer Entbindungsanstalt gegeben werde, weil ihre Einnahmen dadurch eine Einbuße erfahren. Wir müßten zur Ausschaltung des Geschäftsprinzips kommen, das dem Wohle der hilfsbedürftigen Mütter und ihrer Kinder nicht diene.

Genossin Kunert betonte weiter, daß wir die Hebamme so gestellt sehen wollen, daß sie keinerlei Nebenerwerb ausüben, vor allem keine Landarbeit verrichten und kein Vieh versorgen dürfe im Interesse der peinlichen Sauberkeit, die ihr Beruf von ihr fordere. Im übrigen sei der ganze zur Beratung stehende Entwurf nur Flick- und Stückwerk. Die aus der sozialen Lage der Minderbemittelten entspringenden geburtshilflichen Nöte könnten nur gemildert werden durch zahlreiche Wöchnerinnenheime, die überall leicht erreichbar, den Frauen zur Verfügung stehen müssen.

Anstaltsentbindung wollte der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Stemmler, aber nur als Ausnahme in Notfällen gelten lassen. Die Geburt gehöre ins Haus, ein Standpunkt, den man von einem Arzte, der die Gefahren der häuslichen Geburtshilfe kennen sollte, nicht erwarten dürfte. Frau Eyn (S.P.D.) und Frau Arendsee (K.P.D.) erwiderten dem Herrn Sanitätsrat in diesem Sinne. Die auf die Segnungen der freien Konkurrenz eingeschworenen bürgerlichen Ausschußmitglieder brachten unseren Antrag auf Anstellung beamteter Hebammen mit Dienstvertrag schließlich zu Fall.

Betriebsräte im Aufsichtsrat

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1922 den zur Ausführung von § 70 des Betriebsrätegesetzes vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Nach dem Gesetz sind die Betriebsräte berechtigt, in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit ein oder zwei Betriebsratsmitglieder zu entsenden, und zwar zwei Mitglieder dort, wo Arbeiter und Angestellte in dem Betriebsrat oder den Betriebsräten des Unternehmens vertreten sind, oder wo der Aufsichtsrat des Unternehmens nach dem Gesellschaftsvertrag mehr als drei Mitglieder zählt, sonst ein Mitglied. Die von den Betriebsräten entsandten Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Sie werden von den Mitgliedern des zum Unternehmen gehörigen Betriebsrats oder der zugehörigen Betriebsräte gewählt. Wo zwei Mitglieder zu wählen sind, kann die in der Minderheit befindliche Gruppe der wahlberechtigten Arbeitnehmer, also je nach Lage des Falles die Arbeiter oder die Angestellten, die Wahl eines Vertreters ihrer Gruppe beschließen und sich auf diese Weise vor einer Ueberstimmung durch die Angehörigen der anderen Gruppe sichern. Das Nähere über das Wahlverfahren, das binnen drei Monaten einzuleiten ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister. Die Wahlordnung wird demnächst veröffentlicht werden; **vor der Veröffentlichung kann daher die Entsendung nicht stattfinden.**

Um den Wünschen derjenigen Bergarbeiter Rechnung zu tragen, die in den zur Zeit mit gesetzlichen Aufsichtsräten nicht ausgestatteten bergrechtlichen Gewerkschaften beschäftigt sind, hat der Reichstag durch eine gleichzeitig angenommene Entschließung die Reichsregierung um die Vorlage eines Gesetzes ersucht, das den Bergarbeitern eine im Sinne des Betriebsrätegesetzes gelegene Vertretung bei den bergrechtlichen Gewerkschaften gewährleistet.

Bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag haben unsere Abgeordneten und auch wir unsere Meinung zu dem Gesetz gesagt und unsere weitergehenden Forderungen vertreten. Nachdem das Gesetz fertiggestellt und in Kraft gesetzt worden ist, werden die Betriebsräte auch von ihm Gebrauch machen. Sie werden also nun auf die Veröffentlichung der Wahlordnung zu achten haben.

Der englisch-irische Vertrag

Sieg der Regierung im Unterhause

EE. **London**, 18. Februar.

Das Unterhaus hat gestern die zweite Lesung des englisch-irischen Vertrages beendet. Die Regierung errang einen großen Sieg: Der Antrag Greys auf Verwerfung des Gesetzes, weil der Vertrag von Downingstreet die Bestimmung enthielte, daß die zwischen Nord- und Südirland laufende Grenze berichtigt werden sollte, wurde mit 302 : 60 Stimmen abgelehnt. Lord Cecil kritisierte den Vertrag in ausführlichen Darlegungen. Asquith stimmte ihm zu im Namen der unabhängigen Liberalen, Thomas im Namen der Arbeiterpartei. Chamberlain schloß die Debatte mit einer Rede, in der er die Wichtigkeit der Entscheidung, die das Unterhaus zu treffen habe, nachdrücklichst betonte. Er verlangte völlige Zustimmung des Hauses und sagte, zwischen dem Standpunkt, ein Versprechen zu halten, und dem, ein Versprechen zu verraten, gebe es keine Mittelstraße.

Bonomis zweite Demission

Rom, 18. Februar. (Intel.)

Mit 295 gegen 107 Stimmen hat gestern abend die Kammer **dem Kabinett Bonomi das Vertrauen verweigert.** Dagegen nahm die Kammer fast einstimmig, ausschließlich der Kommunisten, eine Resolution an, die das allgemeine politische Programm Bonomis billigt. Die Ablehnung des Vertrauensvotums richtet sich danach mehr **gegen die Mitarbeiter Bonomis, als gegen diesen selber.** Bonomi hat infolgedessen dem König seine Demission mit einem Vorbehalt überreicht. Es ist möglich, daß er versuchen wird, ein neues Kabinett zu bilden und nochmals vor die Kammer zu treten. Andernfalls dürfte wieder De Nicola mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Rom, 17. Februar.

In der Kammer sagte bei der weiteren Erörterung über die Regierungserklärung Bonomi vor der Abstimmung in Erwiderung auf die Ausführungen mehrerer Redner, jede Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sei, müsse sich Rechenschaft geben über die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Interessen Italiens in Genua zu wahren. Die Teilnahme Rußlands an der Konferenz könne keine Gefahr bilden. Uebrigens entspreche die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland der der Regierung vom Parlament empfohlenen Politik. — Bei der Abstimmung hatten nur die Katholische Volkspartei und die Reformisten sich für die Regierung erklärt.

Die Bewegung der Kurse

Am heutigen börsenfreien Tag zeigte sich in Fortsetzung der in den letzten Tagen ausgebrochenen Kampfbewegung auf allen Marktgebieten im Verkehr von Bureau zu Bureau starke Nachfrage nach Effekten. Begünstigt und höher waren namentlich Elektrizitätsaktien und chemische Papiere. A.E.G. 925, Felten 1340, Sachsenwerk 670, Hohenlohe 1250, Farbwerke ca. 40 Prozent höher, Schwarzkopff 1175, Bingwerke stark gesucht, Luxemburger 1230, Gelsenkirchener 1260, Phönix 1300, Laura 2500, Caro 1260. Von fremden Wechseln waren Holland 7800 zu 7825, Paris 1830 zu 1835, Schweiz 4065, London 910, Italien 1017, Rumänien 161 zu 164, New York 209, Dollar 208, Oesterreichische Noten 3,47½, Polnische Noten 5,80.

Einführung der Sommerzeit in Rußland. Auf Beschluß des Rates der Volkskommissare wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Februar in ganz Rußland die „Sommerzeit" eingeführt, um Heiz- und Beleuchtungsmaterial zu sparen. Sämtliche Uhren wurden um eine Stunde vorgerückt.

Genau so wie in Deutschland. Der Chefredakteur und der Herausgeber der sozialistischen Zeitung „La Lotta" wurden von dem Gericht in Immola wegen eines im Jahre 1918 erschienenen Artikels, in dem das Gericht eine Aufreizung zur Fahnenflucht erblickte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie wurden sofort in das Gefängnis von Bologna überführt.

Abreise Krassins nach Moskau. Krassin verließ Freitag Berlin, um sich nach Moskau zu begeben, wo er der Sowjet-Regierung über die Eindrücke seiner letzten Londoner und Berliner Verhandlungen Bericht erstatten wird. Mit ihm zusammen reisen auch Radek und der Chef der Sowjet-Handelsmission in Berlin Stomoniakow, die ebenfalls an den Berliner Verhandlungen beteiligt gewesen sind, nach Moskau.

Aus der Partei

KAG. und USPD.

Die Geschäftsleitung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft hat am 10. Februar ein Schreiben an die Zentralleitung der U. S. P. D. gerichtet, indem sie eine Besprechung über eine politische und organisatorische Verständigung vorschlug. Zu diesem Zweck fand am 17. Februar eine informatorische Aussprache statt. Die zentralen Körperschaften der U. S. P. D. werden zu den gemachten Mitteilungen Stellung nehmen.

Eine Erklärung der Genossin Ziegler

Genossin Reichstagsabgeordnete Ziegler, die im Krankenhause liegt und deshalb an der Reichstagssitzung am Mittwoch bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum nicht teilnehmen konnte, legt Wert auf die Feststellung, daß sie, hätte sie zugegen sein können, mit Nein gestimmt, das heißt das Vertrauensvotum abgelehnt hätte.

Die Raubritter von Kähne

Unsere Genossen haben im Preußischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Am 6. Februar haben wir die Regierung auf das gemeingefährliche Treiben der Familie von Kähne auf Schloß Petzow am Schwielowsee hingewiesen und angefragt, welche Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen worden sind. Inzwischen hat das Oberhaupt der Familie, der Hauptmann Karl von Kähne, auf einer Schlittenfahrt den Arbeiter Karl Nietert kurzerhand niedergeschossen. Der Arbeiter wollte aus einem Wald, der gar nicht Eigentum der Kähne ist, für seine frierende Schwägerin etwas Holz zum Feuermachen holen.

Wir fragen: Will die Regierung das gemeingefährliche Treiben der Familie von Kähne noch weiter dulden, will sie es zulassen, daß sich vor den Toren der Reichshauptstadt mittelalterliches Raubrittertum ungehemmt austoben darf, **so daß schließlich die Bevölkerung gezwungen sein wird, im Interesse der bedrohten öffentlichen Sicherheit zur Selbsthilfe zu greifen?**

Warum ist die Entwaffnung der Familie von Kähne noch nicht durchgeführt? Aus welchen Gründen sind den gemeingefährlichen Verbrechern die Waffen und die Waffenscheine noch nicht entzogen worden? Wann gedenkt die Regierung im Interesse der bedrohten Bevölkerung wenigstens diese Maßnahme durchzuführen?

Zu dem Mordanschlag auf den Arbeiter Nietert wird weiter mitgeteilt, daß der Wert des von Nietert entwendeten Holzes auf 18,20 Mark geschätzt wird. Unerhört ist das Verhalten des Oberstaatsanwalts von Potsdam. Er hat es bisher nicht für nötig erachtet, sich an den Tatort zu begeben und den Mordgesellen von Kähne in Haft zu setzen. Seine einzige Anordnung bestand darin, daß er das Krankenhaus in Glindow, wo der angeschossene Arbeiter sterbenskrank darniederliegt, telphonisch anwies, die Leiche zu beschlagnahmen, falls der Mann sterben sollte. Wir halten einen Oberstaatsanwalt, der sein Amt so leichtfertig verwaltet, für ungeeignet, in irgendeiner Frage die Rechte des Staates zu vertreten. Es handelt sich hier um den gemeinen Mordanschlag einer notorischen Verbrecherfamilie. Da der Oberstaatsanwalt bisher die Verhaftung nicht angeordnet hat, muß das Justizministerium ernstlich die Frage prüfen, ob hier nicht ein Akt der Begünstigung vorliegt. Die sofortige Amtsentsetzung des Oberstaatsanwalts und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ist auf alle Fälle dringend geboten.

40 Jahre Stadtbahn

Ein Rückblick und Ausblick

Mitten im Streik der Eisenbahnbeamten, am 7. Februar, konnte die Berliner Stadtbahn auf eine 40jährige Betriebszeit zurückblicken. Nach der Statistik weist die Stadtbahn einen ununterbrochen steigenden Verkehr auf. Von 7,5 Millionen Fahrgästen im ersten vollen Betriebsjahre stieg die Zahl im Rechnungsjahre 1887 auf 17,5 Millionen, im Jahre 1892 auf 36,3, im Jahre 1906 auf 138,5 Millionen Reisende. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der beförderten Personen 145, und im Jahre 1913 rund 160 Millionen Fahrgäste. Diese Zahl erfuhr während der Kriegsjahre eine weitere Steigerung; sie betrug im Rechnungsjahre 1920 nach der amtlichen Statistik 263 Millionen Reisende. Schon im Jahre 1907, also vor 15 Jahren, wurde die Leistung der Stadtbahn als nicht mehr steigerungsfähig bezeichnet und die Einführung der elektrischen Zugförderung als Abhilfe in Aussicht genommen. Inzwischen haben sich die Betriebsverhältnisse auf der Stadtbahn weiter verschlechtert, so daß während des Krieges auch die Ringbahnzüge, die Nord- und Südringzüge von der Stadtbahn genommen werden mußten, und die Stadtbahn heute im wesentlichen dem Vorortverkehr dient. Die außerordentliche Ueberlastung der Stadtbahn hat zur Folge, daß zu Zeiten des Hauptverkehrs täglich kleinere und größere Störungen in der Abwickelung des Fahrplans vorkommen, die für die beruflich auf die Stadtbahn angewiesenen Reisenden äußerst unangenehm sind.

Der im Gange befindliche Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße wird keinerlei Einfluß auf eine Verkehrsverbesserung im Vorortverkehr der Stadtbahn haben können, daher muß neben der geplanten Elektrisierung für eine Abhilfe gesorgt werden. Hierzu liegt eine Reihe von Vorschlägen vor, von denen der bemerkenswerteste die Schaffung des „Fernbahnhofes Berlin" von Reg.-Baurat Roudolf, Mitglied der Eisenbahndirektion Berlin, ist, der vor einiger Zeit in Glasers Annalen veröffentlicht wurde. Danach sollen sämtliche Fernbahnstrecken in einen neu zu errichtenden Bahnhof auf dem Tempelhofer Felde geführt werden, so daß diese Züge völlig vom Güter- und Vorortverkehr getrennt werden. Damit wäre die Möglichkeit des Ausbaues für den gesamten Berliner Lokalverkehr gegeben: Die vier Stadtbahngleise würden für den Berufsverkehr frei werden. Die jetzigen Kopf-Fernbahnhöfe (Görlitzer, Anhalter, Potsdamer, Lehrter und Stettiner Bahnhof) könnten für die Einführung von Vorortschnellzügen nutzbar gemacht werden, und mit einem Schlage würde durch die Verwirklichung dieses weitausschauenden Planes Groß-Berlin über ein mustergültiges Verkehrsunternehmen verfügen, daß ein Muster für den Weltstadtverkehr sein könnte.

Der neue Gaspreis. Der Magistrat teilt mit: Die Gemeindebehörden haben den Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeinde-Gaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Lichtenberger, Spandauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligensee Gaswerke mit Wirkung von der im Anschluß an diese

---

wirkte sie mehr als durch ihre etwas scharf zugespitzte Rede. Ausgezeichnet besetzt waren: der Gerichtspräsident mit Josef Klein, sein Sohn mit Bendow, der Staatsanwalt mit Falkenstein und ein hochtrabender Schauspieler, eine sehr dankbare Rolle, mit Schroth. Namentlich Bendow brachte einen atemlos aufgeregten jungen Menschen, den man sobald nicht vergessen wird. — Die Regie Altmans war alles in allem sehr geschickt, nur im Dekorativen etwas dürftig. A. N.

Valuta-Kuriosa. Ein Winkelbankier hatte mit seinem sehr kleinen Vermögen und dem viel größeren ihm anvertrauten Vermögen seiner Kunden, sich in sehr gewagte Spekulationen auf Steigen des Dollars eingelassen. Zu seinem Unglück bewegte sich aber — es war im Herbst 1920 — der Dollar anstatt nach aufwärts, nach abwärts. Das schöne Gebäude krachte zusammen, die vorhandenen Bestände wurden mit Beschlag belegt und der Bankier konnte in einer langen Untersuchungshaft darüber nachdenken, wie er besser hätte spekulieren sollen. Da aber das Gericht sehr gründlich und infolgedessen langsam arbeitete, so dauerte es nicht lange und die im Gerichtsdepot wohlverwahrten Devisen begannen erst langsam, dann immer schneller zu steigen. Das Defizit verminderte sich, verwandelte sich in einen Ueberschuß und nachdem auf Antrag der Gläubiger — was wieder in ziemlich langsamem Tempo geschah — die Vermögensbestände liquidiert wurden und die Schulden beglichen waren, konnte der Bankrotteur von gestern erhobenen Hauptes und als Besitzer von mehreren Millionen das Gefängnis verlassen, da das Gericht — durch die saumselige Behandlung seines Falles — so glücklich für ihn spekuliert hatte.

Tat twam asi. Auf der Straße. Ein Paar geht vor mir her, — elegant gut gekleidet und genährt. Da hockt ein Kriegskrüppel am Wege und verkauft Schnürbänder. Ein Mensch in einem ganz vertragenen, feldgrauen Rock, mit trüben, trostlosen Augen und eingefallenen Wangen. Ein Mensch ohne Beine! — Aergerlich, von dem Anblick unliebsam belästigt, wendet sich der Gesunde, Stattliche von ihm ab. „Ekelhaft, diese Bettelei!" sagt er laut zu der Frau an seiner Seite. „Wo käme man hin, wenn man immer geben wollte!"

Dann treffe ich das Paar wieder. „Wir könnten mit der Hochbahn fahren," schlägt die Dame vor. — — „Ach was, wir nehmen ein Auto. Wozu hat man denn das Geld, als um sich das Leben bequem zu machen!" entscheidet ihr Begleiter. — — —

Rabindranath Tagore, der Dichter aus dem fernen Osten, will vermitteln zwischen Orient und Occident, zwischen Volk und Volk, zwischen Mensch und Mensch. Er will das, was letzten Endes alle wahrhaft Großen und Guten bei uns auch gewollt haben. Aber es ist nun einmal so, daß man auf die Stimme aus der Fremde williger hört. Möge durch Tagore das Weisheitswort seiner indischen Vorfahren in uns lebendig werden: Tat twam asi = das bist du! Daß wir endlich einsähen: Was du dem Anderen tust, das tust du dir selbst. Denn es besteht ein tiefer Zusammenhang zwischen allem Lebendigen. Wir sind alle Glieder eines Körpers, Tropfen aus einem Meer, Strahlen eines ewigen Lichts. Erscheinungsformen des großen Seins, für das „alles Vergängliche nur ein Gleichnis" ist. — Unabsehbar wären die Folgen dieser Erkenntnis. Mord und Totschlag und alles Unrecht würden durch sie aus der Welt geschafft. Für uns arme Zeitgenossen bedeutet das freilich zunächst nur das Ideal: das Unerreichbare. Aber eines dürfen auch wir vielleicht schon erhoffen und erleben. „Ein bißchen Güte von Mensch zu Mensch" hat es Richard Dehmel in seinen „Menschenfreunden" so treffend genannt.

Vielen wäre damit geholfen, — den hungernden, freudlosen Kindern, den mühseligen Krüppeln, den ihres Ernährers beraubten Witwen und Waisen und Alten. Und den hartherzigen Menschen. Ihnen besonders. Denn sie sind die Allerarmseligsten. Sie wissen es nur nicht.

Gertrud Weymar-Hey.

Tages-Notizen

Erstaufführungen. Neues Volks-Theater: 19., nachm., Das letzte Gericht. — Deutsches Theater: 20. Die Wölfe. — Kleines Schauspielhaus: 22. Der keusche Lebemann. — Kammerspiele: 24. Die Erziehung durch Kalibri. — Deutsches Künstler-Theater: 24. Der geizige Verschwender. — Lessing-Theater: 25. Faust. — Neues Theater am Zoo: 24. Scampolo. — Neues Volks-Theater: 25. Die Fälscher. — Staatl. Opernhaus: 27. Der Barbier von Bagdad.

Bezirksamt Treptow. Deputation für Kunst und Bildung. Sonntag, 7½ Uhr, Aula des Realgymnasiums, Oberschöneweide, Zeppelinstraße. Balladenabend. Mitwirkende: Eugen Brieger (Gesang), Bruno Lenert (Violine), Eugen Sauerborn (Klavier). Karten 3 M.

Volksbildungsamt Neukölln. Die im Staatlichen Schauspielhaus am 12. Febr. ausgefallene Vorstellung findet am 12. März statt. Gelöste Karten gültig.

Das Konzert des Hopf-Trios vom 5. Febr. ist auf den 2. April verlegt worden. Karten gültig.

Am 19. Februar findet in der Aula des Reform-Realgymnasiums keine Veranstaltung statt.

Arbeiterchöre (D. A. S. B.) Männerchor Moabit. Sonntag, 4 Uhr, Volkstümlicher Liederabend, Aula Kirschner-Realschule, Zwinglistraße 2. Mitwirkende: Konzertsängerin Frau Martha Dreyer-Weiß, am Flügel Arnold Dreyer.

Gemischter Chor Groß-Berlin (unter Scherchen) Dienstag, 7½ Uhr, Blauer Saal Friedrichshain, 3. Konzert. Programm: Haydn, Glinka, Liszt, altdeutsche und russische Volkslieder. Mitwirkung: das Blüthner-Orchester. Karten 5,50 M. auch in der Buchhandlung „Freiheit".

Blüthnerorchester. Sonntag, 7½ Uhr, im Blüthner-Saal. Solist: Zeelander, der d'Albert-Konzert für Cello mit Orchester zum Vortrag bringen wird. Dirigent: Camillo Hildebrand.

„Orpheus" im Großen Schauspielhaus. Um sämtlichen Abonnenten den Besuch der Aufführung vom „Orpheus" zu ermöglichen, müssen folgende Vorstellungen zurückverlegt werden. Es gelten die Abonnementskarten vom 28. März für den 23. Februar, vom 29. März für den 24. Februar, vom 10. April für den 25. Februar, vom 11. April am 26. Februar, vom 12. April am 3. März, vom 13. April am 4. März und vom 25. April am 5. März. Die am 29. Dezember v. J. ausgefallene Vorstellung wird am 22. Februar nachgeholt. Umtausch der Abonnementskarten nicht erforderlich.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vorm. 11 Uhr, im Rathaus, Königstraße, Vortrag Lt. A. Rosenberg: Hat Jesus gelebt. Harmonium: Ossiankläge (Gedr.). — Pappel-Allee 15, vorm. 11 Uhr, Vortrag Dr. P. Kritzke: Die Pubertätsriten der Naturvölker als Ursprung der Religionsreligionen. — Gäste willkommen.

Bekanntmachung erfolgenden Standaufnahme ab einheitlich auf 3,30 Mark für das Kubikmeter festgesetzt. Diese Veröffentlichung stützt sich auf den angeblichen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Februar 1922.

Die Staffelung des städtischen Schulgeldes

Bis 14 000 Mark kein Schulgeld

Die von den Stadtverordneten schon mehrfach behandelte Frage, ob das Schulgeld an den städtischen höheren Lehranstalten sowie den Real- und Mittelschulen, nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl der schulbesuchenden Kinder zu staffeln ist, hat jetzt zu einer neuen Magistratsvorlage geführt. Danach sollen die Schulgelder aus Billigkeitsgründen derart ermäßigt werden, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen der Eltern bis 14 000 M. kein Schulgeld zu zahlen ist; bei einem steuerpflichtigen Einkommen von über 14 000 bis 18 000 M. soll an den höheren Lehranstalten mit ihren Vorschulen und an Lyzeen für das 1. Kind 250 M., das 2. Kind 125, für die weiteren Kinder nichts erhoben werden; bei einem Einkommen über 18 000 bis 24 000 M. für das 1. Kind 375 M., das 2. Kind 250 M., das 3. Kind 125 M., für die weiteren Kinder nichts; bei über 24 000 bis 40 000 M. Einkommen für das 1. Kind der volle Satz von 500 M., für das 2. Kind 375 M., das 3. Kind 250 M., das 4. Kind 125 M., für die weiteren Kinder nichts. Bei einem Einkommen von über 40 000 M. soll für alle Kinder das volle Schulgeld von 500 M. erhoben werden.

Die Schulaufsichtsbehörde hat sich mit dieser Staffelung einverstanden erklärt, sich aber die Genehmigung für die Real- und mittleren Schulen vorbehalten. Falls diese Genehmigung erteilt wird, würden sich folgende Ermäßigungen ergeben: bei einem Einkommen von über 14- bis 18 000 M. das erste Kind 150 M., das zweite Kind 75 M. jährlich; bei über 18- bis 24 000 M. das erste Kind 225 M., das zweite Kind 150 M., das dritte Kind 75 M., bei einem Einkommen von über 24- bis 40 000 M. für das erste Kind der volle Satz von 300 M., für das zweite Kind 225 M., für das dritte Kind 150 M., für das vierte Kind 75 M. jährlich. Für die weiteren Kinder in jedem Falle nichts.

Die Not der Siedler

Die erhöhten Straßenbahn-, Stadtbahn- und Vorortfahrpreise wirken nicht nur auf die in den Vororten oder weitab von ihren Arbeitsstätten wohnenden Berliner erdrückend, sondern sie werden sich auch im kommenden Frühjahr bei den Laubenkolonisten, Kleingärtnern und Siedlern in geradezu vernichtender Weise bemerkbar machen. Die sozialen und in jeder Beziehung zu unterstützenden Bestrebungen des Zentralverbandes der Kleingarten-Vereine Deutschlands, Gau-Verband Groß-Berlin (Verband der Laubenkolonisten Berlin und Umgegend), zu jeder Wohnung einen Garten zu erlangen, der den eingepferchten Berlinern sowohl die Gesundheit als auch die Liebe zur Natur erhalten und der gleichzeitig auch die notleidende Bevölkerung in der Beschaffung der Lebensmittel unterstützen soll, werden dadurch in unverständlicherweise unterbunden. Wer von den Laubenkolonisten, Kleingärtnern und Siedlern soll die unerschwinglichen Fahrpreise noch aufbringen?

Regierung, Magistrat und Stadtverordnete sehen nicht, welche Gefahren sie für die deutsche Volkswirtschaft und für die Gesunderhaltung des deutschen Volkes durch die Erhöhung der Fahrpreise, durch die Bebauung der jetzigen Kleingärten und durch das geringe Verständis den Kleingärtnern gegenüber heraufbeschwören. Die Kleingärten müssen zum Wohle des deutschen Volkes nicht nur erhalten, sondern auch weiter gefördert werden und alle Hindernisse müssen beseitigt werden, die dazu führen, den rührigen Laubenkolonisten, Kleingärtner und Siedler die Bewirtschaftung seiner Parzelle zu erschweren oder gar zu unterbinden.

Der Zentralverband der Kleingarten-Vereine Deutschlands hat zum Sonntag, den 19. Februar d. J., 10 Uhr vormittags, in der Brauerei „Friedrichshain", eine große Protestversammlung einberufen; es ist Pflicht für jeden Beteiligten, im Interesse der Erhaltung der Kleingärten, daran teilzunehmen.

„Paßzentrale Grenadierstraße"

Eine Werkstatt für Urkundenfälschungen wurde vorgestern von der Kriminalpolizei in der Brunnenstraße aufgehoben. Sie bildete eine Art Paßnebenstelle neben der rechtmäßigen Paßstelle, nur daß sie erheblich teurer war als diese. Dafür war aber auch ihr Geschäftsgang wieder viel einfacher. Ihr Inhaber war der Schneider Spiegel aus Galizien, der Schere und Nadel schon lange nicht mehr anfaßte, dagegen um so eifriger mit Feder und Stempel umging. In der Grenadierstraße nahm er die Bestellungen entgegen, die er in seiner Werkstatt ausführte. Spiegel lieferte alle nur gewünschten Papiere, die zu Aus- und Einreisezwecken erforderlich sind: Standesamtsurkunden, Steuerbescheinigungen und auch die Pässe selbst. Die Preise richtete der Fälscher nach dem Aussehen seiner Kunden ein. So forderte er für einen deutschen Paß bis zu 6000 M., für einen Ausreiseschein nach Kongreßpolen und Galizien bis zu 5000 M. Eine Steuerbescheinigung des Finanzamtes besorgte er schon für 500 M. Gestern morgen unternahmen nun die Polizeibeamten eine Haussuchung, die indessen zunächst nichts zutage förderte. Es fiel aber auf, daß eine Frau, die in der Wohnung mit einem Säugling im Bette lag, sich hartnäckig weigerte, aufzustehen. Sie mußte sich aber endlich doch dazu bequemen, und nun ergab sich, daß der Verdacht der Beamten berechtigt gewesen war. Im Kopfkissen des Bettes fand man jetzt nicht weniger als zehn Stempel. Nun fehlten aber noch die Vordrucke. Ihr Versteck wurde aber auch gefunden. Eine auffallend „starkbusige" Frau hatte sie unter ihrer Kleidung verborgen. Wie Spiegel zu den Stempeln und Vordrucken gekommen ist, soll die weitere Untersuchung ergeben.

Zwei Schupobeamte des Totschlags geständig

Eine überraschende Aufklärung hat der Totschlag gefunden, dem in der Nacht zum vergangenen Montag der Konditor Krone in der Landsberger Allee 157/58 zum Opfer fiel. Als Täter wurden die Schupowachtmeister Karl Losch und Friedrich Kude von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Losch gab sofort zu, daß er mit Kude in der Schankwirtschaft in der Landsberger Allee gewesen war und dort den Streit bekommen hatte. Kude behauptet, daß die Gäste im Lokal ihn überfallen hätten. Er habe bereits am Boden gelegen, sich aber wieder aufgerafft und zur Wehr gesetzt. Was draußen mit Krone geschehen sei, wie die Vorgänge sich dort abgespielt hätten, wisse er nicht mehr. Zeugen bekunden, daß Kude der größere der beiden Täter, in sinnloser Wut mit einer Bierflasche eingeschlagen habe, daß Krone bewußtlos zusammengebrochen sei.

Erhöhung der Tarife der Flachbahn Warschauer Brücke—Lichtenberg. Die Hochbahn hat auf der Flachbahnstrecke Warschauer Brücke—Lichtenberg, nachdem sie am 1. Dezember 1921 ihren Tarif von 0,60 auf 1 Mark erhöht hatte, eine weitere Erhöhung der Tarife beantragt und diese am 1. Februar vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Körperschaften zur Einführung gebracht. Die beantragte Erhöhung ist folgende: Einzelfahrscheine von 1 M. auf 1,50 M., Monatskarten von 60 M. auf 85 M., Schülerkarten von 16 M. auf 20 M., Polizeikarten von 16 M. auf 24 M., Wochenkarten für 12 Fahrten von 10 M. auf 15 M. Der Anstoßfahrpreis im Uebergangsverkehr mit der Hochbahn soll von 30 Pf. auf 50 Pf. erhöht werden. Die Hochbahngesellschaft begründet die beantragte Tariferhöhung mit der Steigerung ihrer laufenden Betriebskosten durch Lohnerhöhungen und höhere Stromkosten. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Ein wenig kälter, zunächst aufklärend, jedoch überwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Erwerbslosenfürsorge

Segensreiche Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter

Die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter nahmen in einer Vollversammlung den Bericht der Gewerkschaftskommission in Fragen der Erwerbslosenfürsorge entgegen. Neben den Bemühungen der Gewerkschaftskommission zur Erhöhung der Unterstützungssätze wurde über die Verhandlungen, die wegen des § 14 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge stattfanden, berichtet, gegen dessen neue Fassung die Berliner Gewerkschaftskommission mit aller Entschiedenheit Protest einlegte. Zu den von den Gewerkschaften aufgeführten Gründen schreibt selbst die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", **„daß an Verwaltungskosten manches gespart werden wird, und daß die Kontrolle durch den Gewerkschaftseinfluß besser sein könnte als bei der Auszahlung und Kontrolle durch die amtlichen Fürsorgestellen."**

Jetzt ist der Gewerkschaftskommission von der Deputation für Arbeit und Gewerbe ein Schreiben des preußischen Wohlfahrtsministers zugegangen, worin dieser bekanntgibt, auf die strikte Durchführung des § 14 bestehen zu müssen. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hat beschlossen, von einer endgültigen Stellungnahme zunächst abzusehen, bis die daraus entstehenden Wirkungen übersehbar sind.

Reichs- und Staatsstellen fordern, daß die Bestimmungen über den Ausschluß Erwerbsloser nach 13 bzw. 26 Wochen mit größerem Nachdruck zur Durchführung gelangen. Der Magistrat gibt hierzu in einer Verfügung Nr. 540 vom 15. 11. besondere Ausführungsbestimmungen. Die Forderungen bedeuten zweifellos eine große Härte gegenüber älteren Personen und Erwerbsbeschränkten, die vom Arbeitgeber stets zurückgewiesen, unter den Bestimmungen zu leiden haben. Hier muß die beschleunigte Einrichtung eines Arbeitsnachweises für Erwerbsbeschränkte gefordert werden. Auf gesetzlichem Wege müssen Arbeitgeber gezwungen werden, eine bestimmte Anzahl Erwerbsbeschränkte einzustellen. Besonders bei Vergebung staatlicher und kommunaler Aufträge hat dies in erhöhtem Maße zu geschehen. Bei den geforderten mündlichen Verhandlungen wird die Gewerkschaftskommission auf diese Angelegenheit gleichfalls eingehen und hierbei die Forderungen der Gewerkschaften und deren Mitarbeit behandeln.

Die Härte dieser Verfügung zu mindern, muß Aufgabe der Fürsorge-Ausschüsse sein. **Die freien Gewerkschaften müssen daher auf entscheidenden Einfluß bei der Besetzung der Fürsorge-Ausschüsse dringen.** Hier wird über die Weitergewährung oder Aufhebung geurteilt, dem Oberpräsidenten obliegt dann die Entscheidung. Der Oberpräsident ist nicht in der Lage, die große Zahl der Einzelfälle mit der nötigen Gründlichkeit zu behandeln. Ein ungeheurer bureaukratischer Apparat — dem man gerade bei dieser Arbeit das größte Mißtrauen entgegenzubringen hätte — wäre er forderlich. Es ist daher ein größeres Gewicht auf die Fürsorge-Ausschüsse zu legen, denen auch größere Selbstständigkeit zugesprochen werden muß. Die Gewerkschaftskommission hat beim Magistrat beantragt, daß von den 60 Arbeitnehmerbeisitzern in den einzelnen Verwaltungsstellen mindestens 50 Vertreter auf die freien Gewerkschaften kommen. Es wird erwartet, daß die sozialistischen Fraktionen dem zustimmen werden.

Laut Reichsgesetz vom 7. 12. 1921 sind Rentenempfängern im Falle der Bedürftigkeit unter bestimmmten Voraussetzungen laufende Unterstützungen auszuzahlen. Entsprechende Anträge sind bei den Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge in demjenigen Verwaltungsbezirk, in dem der Rentenempfänger wohnt, zu stellen. Dadurch werden auch die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter ihre segensreiche Tätigkeit erweitern und auch dieses Arbeitsgebiet bearbeiten müssen, denn die vielen Rentenempfänger, die meist alt, gebrechlich und unbeholfen sind, werden sich in erster Linie vertrauensvoll um Rat und Beistand an ihre Klassengenossen wenden.

Generalversammlung der Holzarbeiter

Die Außerordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter am 17. Februar in Kliems Festsälen nahm den Bericht des Bevollmächtigten Boese über die stattgefundenen Lohnverhandlungen entgegen.

Die Forderungen der Holzarbeiter wurden von den Unternehmern abgelehnt. Nach langen schwierigen Verhandlungen standen die Unternehmer folgendes zu: Ab 20. Februar erhöhen sich sämtliche Tariflöhne der Facharbeiter um 13½ Proz., die der Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre um 10 Proz., unter 22 Jahren um 5 Proz. Danach betragen die Löhne ab 20. Februar für Facharbeiter 14,75 M., für Hilfsarbeiter 12,65, für Facharbeiterinnen 9,75, Hilfsarbeiterinnen 8,05 M. Zu dieser Erhöhung, die als Ausgleich für die schon eingetretene Teuerung gelten soll, kommt noch für alle Gruppen ab 1. März ein weiterer Zuschlag von 10 Proz. Für Facharbeiter beträgt damit der Stundenlohn 16,25 M. Die Akkordarbeiter erhalten ab 20. Februar eine Stundenzulage in der Höhe der Lohnarbeiter, und ab 1. März erhöhen sich die Akkorde entsprechend den Tariflöhnen. Die Löhne für Bildhauer und für Montagearbeiter werden in Verhandlungen bis zum 28. Februar ihre Regelung finden.

Boese bemängelte das magere Ergebnis. Die Holzindustrie kann sehr wohl höhere Löhne zahlen, doch ist im Augenblick die Annahme zu empfehlen.

In lebhafter Diskussion wurde gegen eine starke Minderheit das Ergebnis der Lohnverhandlungen angenommen.

Freigang begründete die vorgeschlagene Beitragserhöhung, die auch eine wesentliche Steigerung aller Unterstützungssätze bringen soll. Am 20. d. Mts. findet darüber die Urabstimmung statt.

Die Generalversammlung stimmte der Vorlage zu und beschloß, den Streikenden einen laufenden Zuschuß aus der Lokalkasse zu gewähren. Ein Antrag, die streikenden Vergolder durch freiwillige Beiträge in ihrem langen Kampfe zu unterstützen, fand einstimmige Annahme.

Die Gastwirtsangestellten zum Schiedsspruch

Zur Entscheidung der Lohndifferenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gastwirtsgewerbe trat am Mittwoch, dem 15. d. Mts., ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium zusammen. Der gefällte Schiedsspruch hat den Arbeitnehmern Lohnerhöhungen für die Monate Februar und März zugebilligt, die zwischen 15 Proz. für die höchstbezahlten Gruppen und 25 Proz. für die niedrigstbezahlten Gruppen schwanken. Für die Gruppen mit bisherigen Löhnen bis zu 300 M. sollen 25 Proz., von 300 M. bis 500 M. 20 Proz., über 500 M. 15 Proz. Zulage ab 1. Februar gezahlt werden. Ab 15. März sollen neue Verhandlungen über die Festlegung der Löhne ab 1. April erfolgen. Die Parteien haben sich über die Annahme des Schiedsspruchs bis zum 31. Februar zu erklären.

In der Nacht zum Freitag dieser Woche nahmen zwei öffentliche Versammlungen der Arbeitnehmer zu diesem Schiedsspruch Stellung. Nach einleitenden Referaten der Vorsitzenden des Zentralverbandes der Hotelangestellten, Burde und Saar, und ausgedehnter Diskussion, wurde eine Resolution angenommen, in der das Ergebnis des Schiedsspruches als absolut unzulänglich bezeichnet wird, das in keiner Weise der Teuerung Rechnung trägt. Die festgesetzten Grundlöhne fordern geradezu die Ablehnung des Schiedsspruches. Neue Verhandlungen werden erwartet und die endgültige Entscheidung wird dem Kartellvorstand überlassen.

Gewerkschaftsunterkommission für den 15. Verwaltungsbezirk. Die Sitzung eröffnet Kollege Karusseit mit einem Nachruf für die verstorbene Genossin Luise Zietz. Bomke gibt bekannt, daß nun auch die Eisenbahner ihre Delegierten ernannt haben, und zwar Bryk und Hellke. Thieme gibt einen Bericht von der Plenarsitzung über die Arbeitsnachweisfrage. In der Diskussion war allgemein die Ansicht vertreten, daß hier versucht wird, den Einfluß der Gewerkschaften zu brechen. Es muß deshalb alles aufgeboten werden, um jede Verschlechterung zu verhindern. Schweitzer hält einen sehr sachlichen Vortrag über die 10 Punkte des A. D. G. B. Eine eingehende Aussprache setzte über die diesjährige Maifeier ein. Eine geschlossene Masse soll den 1. Mai feiern. Eine Kommission, paritätisch zusammengesetzt, soll die Vorbereitung in die Hand nehmen. Die Vertreter der politischen Parteien sollen den nächsten Zahlabend benutzen, um Klärung in ihrer Partei zu schaffen. Die Anregung von Zobel über Wohnungsnot und Siedlungsbauten wurde wegen der vorgerückten Zeit und der Wichtigkeit der Frage vertagt auf Dienstag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, bei D. Pamp.

Die Funktionäre des Butab zur Neuregelung der Gehälter in der Metallindustrie. In einer am 16. d. M. stattgefundenen Funktionärversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten referierte Günther über die letzte Gehaltsvereinbarung der Berliner Metallindustrie, nach der die bisherigen Grundgehälter einschließlich der später bewilligten 60 M. verdoppelt werden sollen, und auf dieses neue Grundgehalt ein Teuerungszuschlag von 115 Prozent zu zahlen ist. Diese Vereinbarung gilt für alle Gruppen des Tarifvertrages mit der Maßgabe, daß die bisherigen sozialen Zulagen in Höhe von 200 M. pro Frau und Kind beibehalten werden. In der anschließenden, außerordentlich regen Diskussion verurteilten die einzelnen Redner scharf die hemmenden und einschränkenden Bedingungen, die von den Unternehmern an dieses Gehaltsabkommen geknüpft wurden. Folgende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen: „Die Funktionärversammlung stimmt der Vereinbarung vom 13. Februar 1922 zu. Die „Metabeko" erhält den Auftrag, bei den Verhandlungen über den Manteltarif, die Einbehaltung von 15 Prozent der Monatsbezüge für 3 Monate und deren einmalige Auszahlung unter allen Umständen abzulehnen. Die 10 Entlohnungsdienstjahre müssen bei den Verhandlungen unbedingt erreicht werden, ohne durch deren Vereinbarung die Basis für die niederen Jahresgruppen herabzusetzen."

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. In der Berliner Damenkonfektion ist es gelungen, für die Stückbügler einen Lohntarif zu vereinbaren, der ab 6. Februar rückwirkend in Kraft tritt. Dieser Tarif sieht Stückbügel-Löhne für Damen- und Kindermäntel, Jacken, Röcke und Kleider vor. Etwa vorkommende Extraarbeiten werden separat gerechnet. Der Tarifvertrag ist für die Mitglieder im Bureau, Sebastianstr. 37-38, zu haben.

Zentralverband der Angestellten. Die Fortbildungskurse für die Angestellten der Sozialversicherungsträger müssen bis auf weiteres ausfallen, da die Schulen gegenwärtig nicht geheizt werden können. Ein neuer Stundenplan wird herausgegeben, sobald die Schwierigkeiten behoben sind. — Fachgruppe Sozialversicherung.

Kabelwerke Oberspree, Oberschöneweide. Morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr, Sitzung bei Gläser, Falkensteinstraße 49. — U. S. P.-Fraktionsvorstand.

Unfälle im britischen Eisenbahndienst. Während der Jahre 1909—1918 wurden im Jahresdurchschnitt ca. 421 Eisenbahner aller Grade getötet und 26 241 verletzt. Während des Jahres 1919 waren es 377 und 20 448.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren für Sonntag, den 19. Februar. 1. Abt.: Schloß-Museum. Treffpunkt 12 Uhr am Schloß. 2. Abt.: Durch den Grunewald. Start 1 Uhr, Pionierstr. 63. 3. und 12. Abt. (Motorfahrer): 3. Stiftungsfest, Klause, Kottbuser Damm 79, nachmittags 5 Uhr. 4. Abt.: Hirschgarten (Keller). Start 1 Uhr (Weberwiese). 5. Abt.: Fußtour Treptower Sternwarte. Treffpunkt 12 Uhr, Petersburger Str. 3. 6. Abt.: Glienicke, Nordbahn (Allermann). Start 1 Uhr, Kopenhagener Str. 26. 7. Abt.: Glienicke, Nordbahn (Allermann), Familientour. Start 1 Uhr, Coloniestr. 147. 8. Abt.: Hirschgarten (Wilhelmshof). Start 1 Uhr, Waldstr. 8. 10. Abt.: Waidmannslust (Kritz). Start 1 Uhr, Comeniusplatz.

Märkische Spiel-Vereinigung (Bez. Groß-Berlin). Laut Beschluß des Vertreitertages fallen die für den 19. Februar angesetzten Fußballspiele aus.

Märkische Spielvereinigung. Sonntag, 19. Februar, finden Hockeyspiele statt. Auf den Plätzen an der Schönhauser Allee: Fichte-Ost I — Charlottenburg II 10½—12 (Dittbörner-Heubenschild). Lichtenberg I — Fichte 3 1½—3 (Rothe-Lenz). Fichte 12 I — Roland I 3—4½ (Kahn-Kroll). — Sportplatz in Wilmersdorf, Württembergische Straße: Schöneberg I — Fichte 10 I 9—10½ (Kiene-Duhe). Moabit II — Fichte 12 II 10½—12 (Herzog-Haßenstein). — Städtischer Spielplatz in Schöneberg: Schöneberg II — Moabit III 2—3½ (Schröder-Brust).

Parteiveranstaltungen

Sonntag, 19. Februar

2. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Hermsdorf). Die Revisoren des Bezirks treffen sich vorm. 9 Uhr beim Gen. Ernst Eng, Waidmannslust, Platanenstr. 12.

11. Bezirk. Ausflug nach Stolpe (Dorf), Gasthof des Gen. Bergemann. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Weißensee bzw. 10 Uhr Gesundbrunnen, von dort ½ Stunde Fahrt nach Frohnau, von Frohnau 1 Stunde Fußwanderung nach Stolpe. Daselbst 12 Uhr Kartoffel- und Heringessen.

Arbeiter-Elternbund. Ausflug nach Stolpe (Dorf), Gasthof Bergemann. Treffpunkt 10 Uhr Gesundbrunnen, von dort ½ Stunde Fahrt nach Frohnau, von Frohnau 1 Stunde Fußwanderung nach Stolpe.

Bildungsausschuß U. S. P. D., Treptow-Baumschulenweg. Abends 7½ Uhr Konzert in der Aula des Realgymnasiums Treptow, Neue Krugallee. Mitwirkende: Dr. Jofe, Prof. Karman, Sele Trau, Gertrud Wolff, Alfred Beierle. Eintritt 4 M., Kinder die Hälfte.

Neukölln-Brix. U. S. P.-Genossen, Verkaufsstelle Herzbergstraße. Flugblattverbreitung. Bonick, Kaiser-Friedrich-Str. 167.

Vereinskalender

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Tapezierer. Morgens 9½ Uhr Versammlung aller Tapezierer und Näherinnen in Bockers Festsälen, Weberstraße 1. T.-O.: Die ablehnende Antwort der Unternehmer zum Abschluß eines Tarifes. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht. Die Branchenleitung.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Paul Herz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Buchhandlung „Freiheit"
C 2, Breite Straße 8—9, 2. Hof parterre

Ständige Bücher- und Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur
Schöne Literatur / Jugendschriften
Bilder mit und ohne Rahmen
Reiche Auswahl

Antiquariat

Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags